

## **Israel tritt die Menschenrechte mit Füßen**

Die israelische Regierung tötet in Gaza Zivilisten, zerstört Verkehrswege, zerstört ein Kraftwerk, das die Hälfte der Bevölkerung des Gaza-Streifens mit Strom versorgt. Und niemand in Deutschland regt sich auf. Gideon Levy von der angesehenen israelischen Zeitung Haaretz dagegen sagt deutlich, was von einem Staat zu halten ist, der 750 000 Menschen von der Elektrizitätsversorgung abschneidet und die halbe palästinensische Regierung kidnappt: Ein solcher Staat „ist nicht länger unterscheidbar von einer Terrororganisation.“

Israel rechtfertigt seine Militäraktionen und gezielte Tötungen damit, dass es von Terroristen angegriffen werde. Das ist zwar richtig, doch es rechtfertigt nicht die unverhältnismäßige Bestrafung der gesamten palästinensischen Zivilbevölkerung. Vom „Kreislauf der Gewalt“ mit zwei gleichermaßen Schuldigen wird in deutschen Zeitungen oft berichtet. Doch dies ist ein verzerrter Blick auf die Wirklichkeit.

Kein geringerer als Jimmy Carter hat im März unter der Überschrift „Die Kolonisierung Palästinas verunmöglicht den Frieden“ die Politik Israels kritisiert (Haaretz vom 17.3.06) und die Gewaltanwendung beider Konfliktparteien verglichen. Nach seinen Angaben wurden von September 2000 bis März 2006 3982 Palästinenser und 1084 Israelis in diesem Konflikt getötet. Darunter erschreckend viele Kinder: 708 Palästinenser und 123 Israelis.

Wo liegen die Ursachen dieses Konflikts? Im Jahr 1948 wurde Israel von der UNO 55 Prozent des palästinensischen Gebietes zugesprochen, ohne dass die Palästinenser gefragt wurden. Seit vielen Jahren ist Israel nicht bereit, einen kleinen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967, was einer Gebietsaufteilung von 78% Israel zu 22% Palästina entspricht, zu akzeptieren. Statt dessen baut Israel weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit seine unrechtmäßigen Siedlungen im Westjordanland aus und blockiert die Verkehrswege mit einem dichten Netz von Straßensperren. Dass diese Art der Strangulierung des palästinensischen „Nachbarn“ Widerstand hervorruft, ist nur verständlich. Solange Israel nicht bereit ist, die palästinensischen Forderungen nach einer gerechten Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 zu erfüllen, wird es keinen Frieden geben.

Nach der einseitigen Positionierung der USA ist Europa gefordert, den Friedensprozeß aktiv zu unterstützen. Dazu gehört, daß Europa der israelischen Regierung deutlich ihre Grenzen aufzeigt und massiv gegen israelische Angriffe auf die Zivilbevölkerung und Gefangennahme bzw. gezielte Tötung von palästinensischen Politikern vorgeht. Nicht freundliche Worte sondern Wirtschaftssanktionen und die Entsendung von Schutztruppen sind übliche Maßnahmen gegen Regierungen, die fortwährend elementare Menschenrechte mißachten. Die israelische Regierung muß an den Verhandlungstisch gezwungen werden.

Dr. Jürgen Schwager

Pfullingen, den 14. Juli 2006

Eingesandt zur Veröffentlichung im Reutlinger General Anzeiger (GEA)